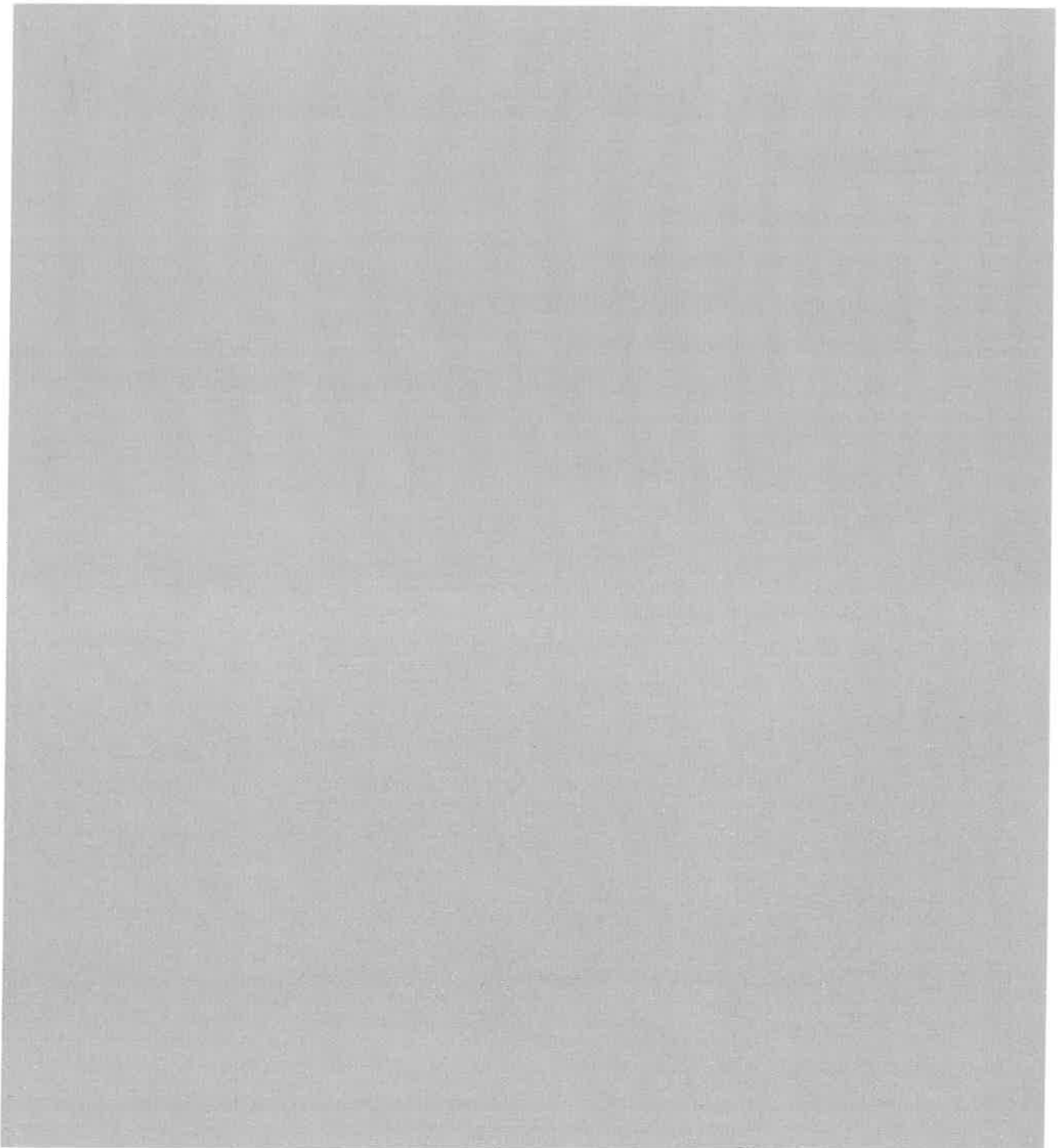
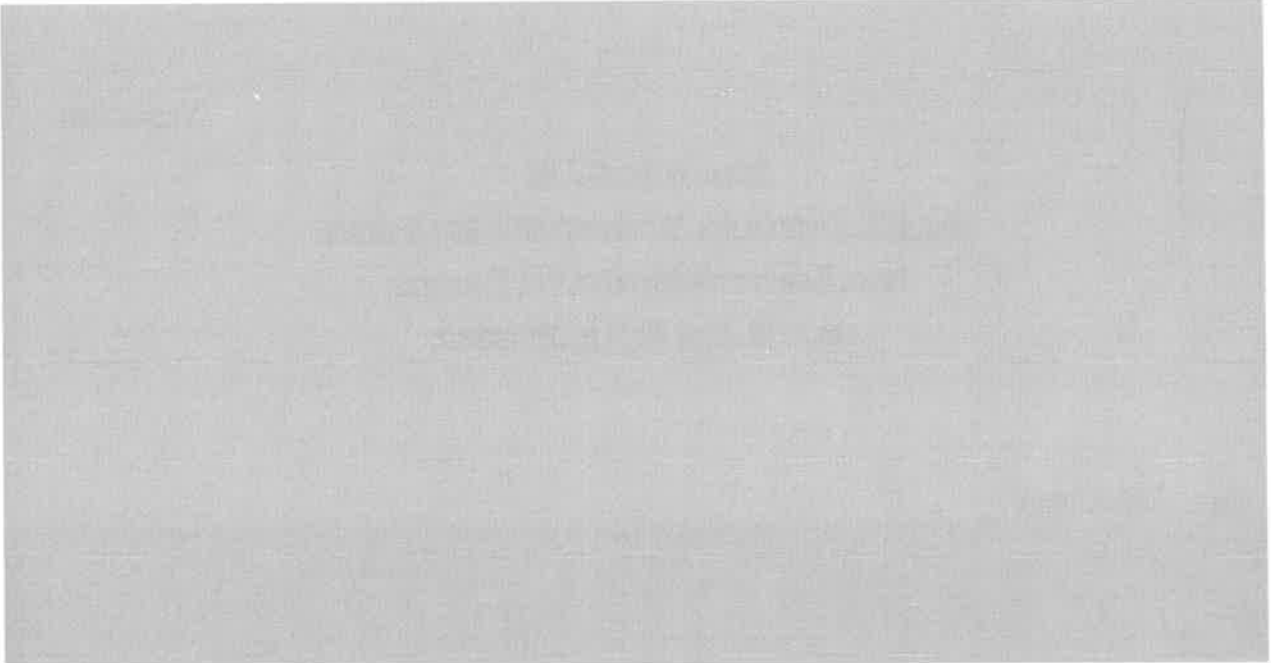


Vertraulich

Niederschrift 3/08
der 475. Tagung des Wissenschaftlichen Beirats
beim Bundesministerium der Finanzen
am 9./10. Mai 2008 in München

A. Teilnehmer

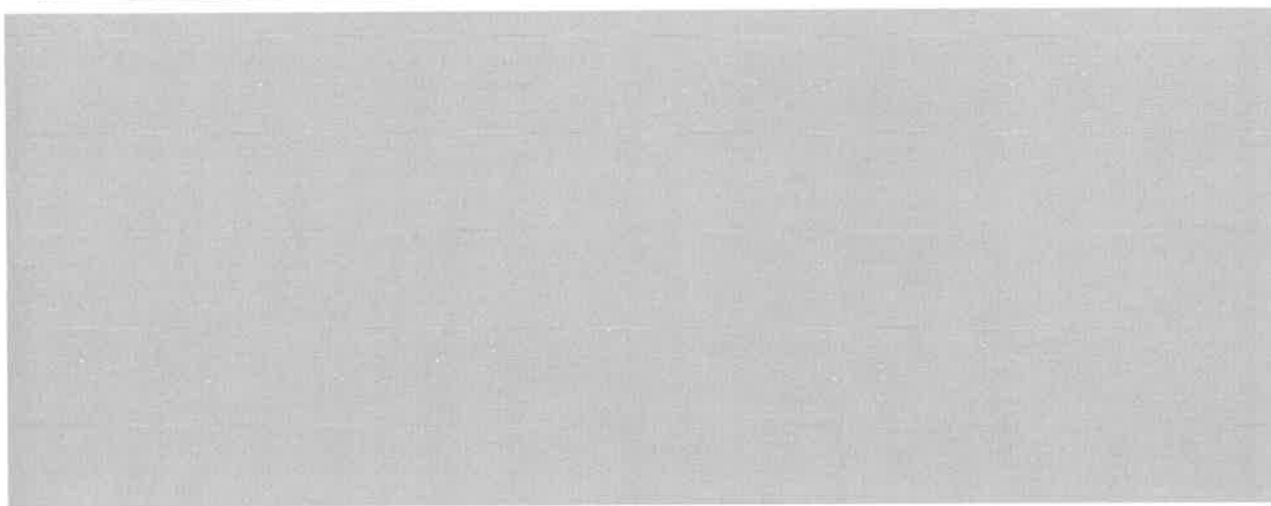




B. Tagesordnung

- I. Mitteilungen des Vorsitzenden
- II. Feststellung der Tagesordnung
- III. Bemerkungen zum Protokoll der letzten Sitzung
- IV. Beratungen über ein neues Thema
- V. Gutachten „Besteuerung der Altersvorsorgeförderung bei Wegzug des Berechtigten ins Ausland“
- VI. Tagesordnung der nächsten Sitzung
- VII. Verschiedenes.

I. Mitteilungen des Vorsitzenden



II. Feststellung der Tagesordnung

Die versandte Tagesordnung wird gebilligt.

III. Bemerkungen zum Protokoll der letzten Sitzung

Das Protokoll wird ohne Änderungen angenommen.

IV. Beratungen über ein neues Thema

stellte erste Überlegungen zum Thema Europäische Klimapolitik in einer globalisierten Welt vor. Aus finanzwissenschaftlicher Perspektive sei Klimaschutz ein globales öffentliches Gut, das nicht-kooperativ bereitgestellt wird. Hieraus resultierten unter anderem Fragen nach der Verteilung der Emissionsrechte oder der Kosteneffizienz bei der CO₂-Vermeidung. Es könnte daneben interessant sein, spieltheoretisch abgeleitete Aspekte der Verhandlungsstrategie - etwa im Hinblick auf eine gemeinsame EU-Positionierung - zu beleuchten.

schlug vor, sich bei einer Befassung mit dem Thema Humankapital auf den Bereich der Bildungsfinanzierung zu konzentrieren. Hierfür spreche insbesondere, dass dieser Bereich einen starken finanzwissenschaftlichen Bezug habe. Neben distributiven und allokativen Auswirkungen von Studiengebühren, könnten etwa auch Aspekte wie die Rolle der öffentlichen Hand bei Bildungskrediten, die Besteuerung von Human- und Realkapital oder die Verzahnung von Steuersystem und Studienfinanzierung beleuchtet werden.

Diskutiert wurde daneben über das Thema Fortentwicklung der Erbschaftsteuer. Unabhängig von der aktuell angestrebten Erbschaftsteuerreform sei ein erneutes Aufleben der Diskussion in der nächsten Legislaturperiode wahrscheinlich. Gutachteninhalt könnte neben den Grundsatzfragen zur Erbschaftsteuer die Bewertung von Gestaltungsmöglichkeiten sowie das Aufzeigen von Zukunftsperspektiven, insbesondere im Lichte des Steuerwettbewerbs, sein.

Zur Beiratstagung im Juli werden für das Thema Humankapital, für das Thema Erbschaftsteuer in die Diskussion einführende Unterlagen vorstellen, voraussichtlich für die Beiratstagung im September zum Thema Klimapolitik.

Als weitere mögliche Themen wurden die Bereiche Budget der EU, Steuerhinterziehung, Besteuerung der öffentlichen Hand, „Kalte Progression“ und Steuerbelastungsvergleiche andiskutiert.

V. Gutachten „Besteuerung der Altersvorsorgeförderung bei Wegzug des Berechtigten ins Ausland“

Der Beirat diskutierte über die geforderte Ausweitung des Themas auf andere grenzüberschreitende Sitzverlagerungen von Wirtschaftssubjekten sowie die Abgrenzung zum bestehenden Projektauftrag für das BMF. Der aktuelle Gutachtenentwurf spiegle die Diskussion der letzten Beiratstagungen nicht in vollem Umfang wider. Vor der nächsten Sitzung wird [REDACTED] über das weitere Vorgehen mit [REDACTED] beraten. Auf dieser Basis wird in der nächsten Sitzung mit der Kommission diskutiert werden, wie und ggf. ob diese Thematik weiter verfolgt werden sollte.

VI. Tagesordnung der nächsten Sitzung

- I. Mitteilungen des Vorsitzenden
- II. Feststellung der Tagesordnung
- III. Bemerkungen zum Protokoll der letzten Sitzung
- IV. Gutachten „Besteuerung der Altersvorsorgeförderung bei Wegzug des Berechtigten ins Ausland“
- V. Brainstorming zum neuen Thema „Humankapital“
- VI. Brainstorming zum neuen Thema „Erbchaftsteuer“
- VII. Termine 2009 (Bewertung des neuen Tagungsrythmus, Bestätigung der Termine)
- VIII. Tagesordnung der nächsten Sitzung
- IX. Verschiedenes.

VII. Verschiedenes

Entfällt.

Berlin/Köln, den 10. Juli 2008

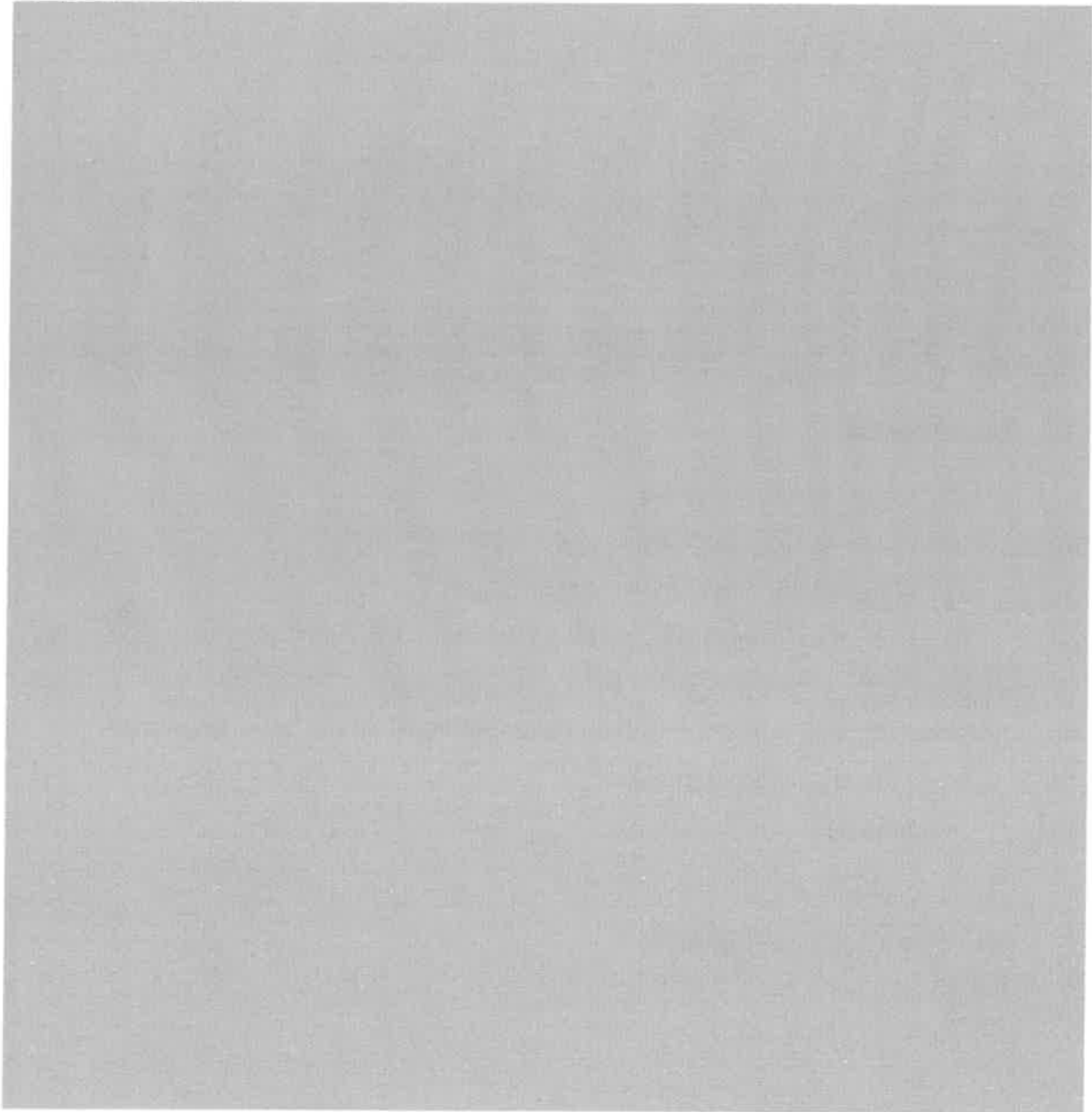
gez. [REDACTED]

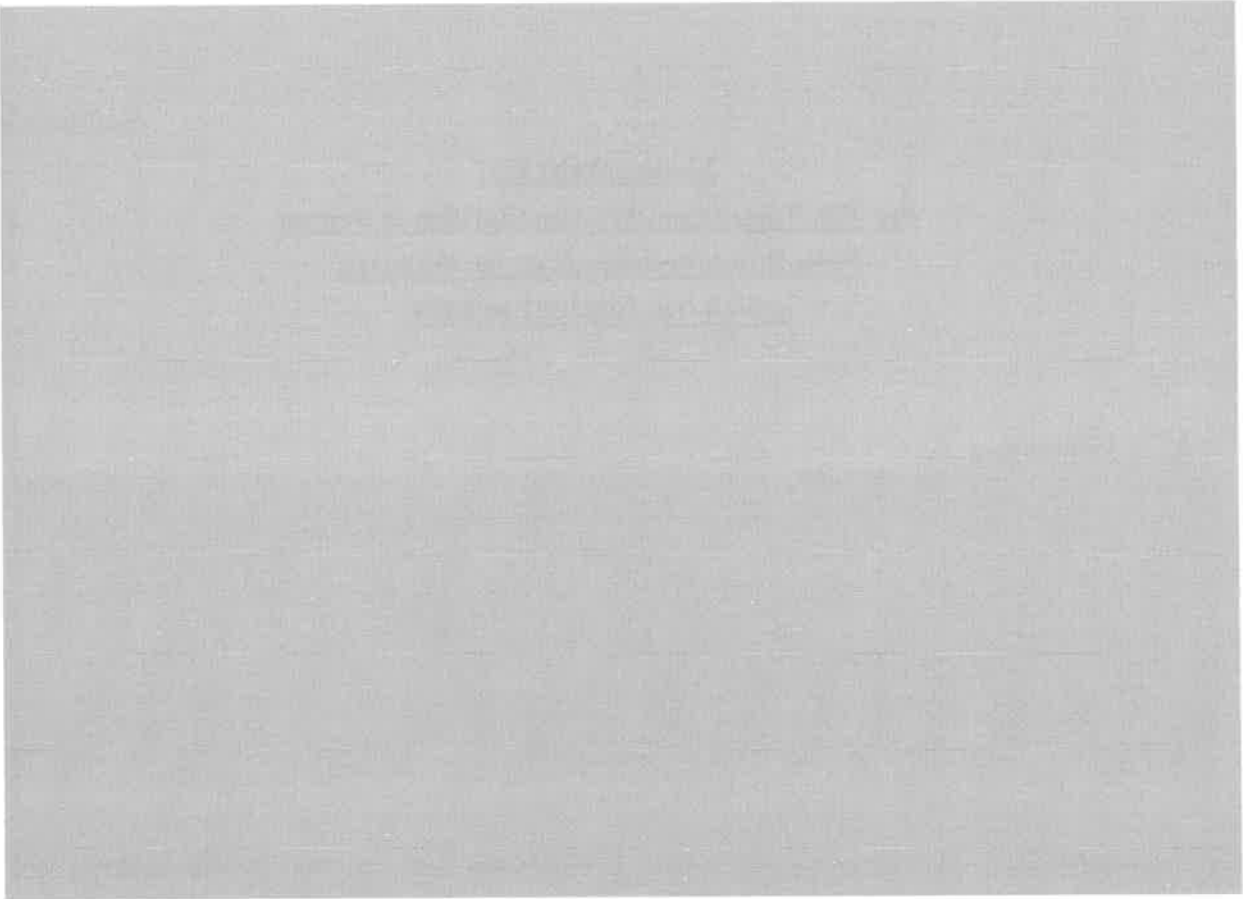
gez. [REDACTED]

Vertraulich

Niederschrift 5/07
der 470. Tagung des Wissenschaftlichen Beirats
beim Bundesministerium der Finanzen
am 13./14. Juli 2007 in Köln

A. Teilnehmer





B. Tagesordnung

- I. Mitteilungen des Vorsitzenden
- II. Feststellung der Tagesordnung
- III. Bemerkungen zum Protokoll der letzten Sitzung
- IV. Gutachten „Existenzsicherung und Erwerbsanreiz“ mit Anhörung von 

- V. Interne Sitzung: Zuwahlen, Reform der Beiratsarbeit und Termine 2008/2009
- VI. Tagesordnung der nächsten Sitzung
- VII. Verschiedenes.

I. Mitteilungen des Vorsitzenden



II. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form gebilligt

III. Bemerkungen zum Protokoll der letzten Sitzung

Das Protokoll wird ohne Änderungen angenommen.

IV. Gutachten „Existenzsicherung und Erwerbsanreiz“ mit Anhörung von

stellte zunächst die wesentlichen Änderungen dar. Im Vergleich zur letzten Vorlage seien die Abschnitte B. *Das Problem in Zahlen* und J. *Die Rolle der Tarifparteien* hinzugefügt worden. Die Reformvorschläge würden nun konzentriert in Abschnitt D. *Reformvorschläge im Überblick* dargestellt. Die Grundtendenz des Entwurfs sei unverändert. Die Vorstellung eines unbedingten Transfers in Form eines Bürgergelds werde abgelehnt. Staatliche Zuschüsse im Niedriglohnbereich seien zu erwägen, eine Prüfung der Arbeitsbereitschaft werde als sinnvoll erachtet. Von Seiten der Beiratsmitglieder wurde keine grundlegende Kritik an der Gesamtausrichtung des Gutachtens geäußert.

Angeregt wurde eine genauere Unterscheidung zwischen unbedingten Bürgergeldmodellen und Kombilohnansätzen, die einen Bezug zur Arbeitsaufnahme herstellten. Zum Thema Lohnsubventionierung wurde vorgeschlagen, noch stärker auf mögliche Mitnahme- und Verzerrungseffekte einzugehen. Ein Beiratsmitglied merkte an, dass gegen eine Subventionierung der Sozialversicherungsbeiträge neben der beabsichtigten stärkeren Etablierung einer Kapitaldeckung auch der Äquivalenzcharakter dieser Abgaben spräche. Es wurde empfohlen, auch eine Versteigerung von Lohnsubventionen auf kommunaler Ebene in Erwägung zu ziehen. So könne derjenige den Zuschlag erhalten, der die geringsten Subventionen fordere.

Beim Einstieg in die Textdiskussion wurde die Kommission grundsätzlich gebeten, stark emotional geprägte Ausdrucksweisen durch neutralere Formulierungen zu ersetzen. Die Aussagen zu Sozialleistungen und der moralischen und faktischen Existenz von Gesellschaften im ersten Absatz des Abschnitts A. *Das Dilemma* sollten nach überwiegender Meinung differenzierter gefasst oder gestrichen werden. Zumindest müsse darauf verwiesen werden, dass die faktisch bestehende Grundsicherung in Deutschland der Kritik stehe. Es wurde vorgeschlagen, bereits in der Einleitung die Problematik der Schwarzarbeit anzusprechen. Daneben sollte auch kurz auf die makroökonomische Diskussion der Arbeitslosigkeit eingegangen, aber darauf verwiesen werden, dass dies nicht Gegenstand des Gutachtens sei.

Die erheblichen Unterschiede in den Zahlen zur Schwarzarbeit in Abschnitt *B. Das Problem in Zahlen* sollten erläutert werden. In diesem Abschnitt könnten auch die Auswirkungen des technologischen Wandels auf den Arbeitsmarkt für Geringqualifizierte Erwähnung finden.

_____ wies darauf hin, dass die Tabelle in Abschnitt *D. Reformvorschläge im Überblick* noch um die Spalte „Beschäftigungswirkung“ ergänzt wird. Es wurde angeregt, auch etwaige Beiratsvorschläge anhand der Vergleichskriterien der Tabelle 2 darzustellen.

Bei der Diskussion des Abschnitts *E. Reform der Anspruchsvoraussetzungen* wurde bei der Diskussion über den „Druck“ zur Arbeitsaufnahme grundsätzlich über die Legitimation eines solchen Vorgehens debattiert.

Mehrere Beiratsmitglieder vertraten die Ansicht, dass es sich hierbei um eine Art Reziprozität handle und die Empfänger von Sozialleistungen der sie finanzierenden Gesellschaft eine Gegenleistung erbringen sollten. Dies diene daneben der Sicherstellung der Funktionsfähigkeit einer auf Arbeit gegründeten Gesellschaft; es gehe auch um „Gerechtigkeit“ gegenüber den Zahlenden. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob „freiwillig“ Langzeitarbeitslose im Endeffekt zu ihrem Glück gezwungen werden müssten, es sich bei Arbeit für Einzelne somit um eine Art meritorisches Gut handle. Der staatliche Eingriff verhindere damit auch die Vernichtung des eigenen Humankapitals aufgrund von Langzeitarbeitslosigkeit. Daneben gelte es auch, intergenerationale negative externe Effekte einer Langzeitarbeitslosigkeit zu vermindern. So könne beobachtet werden, dass die Langzeitarbeitslosigkeit einer Person positiv mit der vorausgehenden Generation korreliert sei.

Demgegenüber wurde eingewandt, dass der staatliche Druck zur Arbeitsaufnahme gerade nicht auf das Argument des „Gebens und Nehmens“ zurückzuführen sei, sondern aus Anreizgesichtspunkten betrachtet werden müsse. Ziel sei nicht die Aufnahme öffentlicher Beschäftigungsmöglichkeiten, sondern eher andere Gesichtspunkte wie das Testen der Arbeitsbereitschaft, die Verringerung der Möglichkeiten zur Schwarzarbeit oder auch die Etablierung von Kosten bei der Inanspruchnahme der Sozialleistung in Form von Freizeitreduktion.

Im Ergebnis wurde vereinbart, möglicherweise bereits zu Beginn des Gutachtens die Frage „Warum sollte eine Arbeitsaufnahme angestrebt werden?“ in konzentrierter Form zu behandeln. Hierbei könne auch auf Ansätzen von Vertretern eines „unbedingten“ Bürgergelds eingegangen werden, die eine solche Vorgehensweise ablehnten und auf positive Auswirkungen einer Befreiung vom „Zwang zur Arbeit“ verwiesen. Dies zeige, dass ein gesellschaftlicher Konsens bei dieser Frage keineswegs trivial sei und einer Erörterung bedürfe.

Weitere Anmerkungen im Abschnitt E. betrafen eine eher abwägende Beurteilung eines Bietverfahrens und eine stärkere Differenzierung zwischen Bürgergeld und negativer Einkommensteuer (jeweils S. 17 der Vorlage).

Nachdem in der letzten Sitzung je ein Vertreter eines „Workfare“-Ansatzes und Kombilohnmodells eingeladen waren, stellte [REDACTED] das Modell der „Aktivierenden Sozialhilfe“ und Auswirkungen auf Beschäftigung und Staatsbudget vor. Die Präsentation ist als Anlage zum Protokoll beigelegt.

In der Diskussion über die Vorschläge wurden insbesondere folgende Kritikpunkte geäußert:

- Das Modell vernachlässige die Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit als Wiedereinstieg in den regulären Arbeitsmarkt.
- Mögliche Verdrängungseffekte privater Anbieter durch die vorgesehene kommunale Beschäftigung sowie die Kosten dieser Beschäftigung (sowohl der konkreten Bereitstellung als auch im Hinblick auf die Fokusänderung der politisch Handelnden hin zu einer beschäftigungsintensiveren Produktion öffentlicher Güter) würden nicht ausreichend berücksichtigt.
- Die Mechanismen zur beabsichtigten Lohnsenkung seien nur unzureichend dargestellt und in ihren Wirkungen nicht sicher.
- Bei angenommener Lohnelastizität der Arbeitsnachfrage von (-1) sei per Definition eine Steigerung der gesamten Lohnsumme unmöglich und die angestellten Berechnungen im Hinblick auf Budgetwirkungen anzuzweifeln. Auch könne das Modell eher gewerkschaftliche Positionen bestätigen, da eine fixe Lohnsumme auf eine größere Anzahl von Lohnempfängern verteilt würde. Trotz steigendem gesamtem Arbeitsvolumen sinke sogar das Gesamteinkommen der Personen des Niedriglohnssektors (Lohn + Transfers), was eine politische Durchsetzbarkeit unwahrscheinlich mache.

Es wurde angeregt, für die nächste Sitzung einen Experten mit praktischen Erfahrungen im Hinblick auf öffentliche Beschäftigungsmaßnahmen einzuladen.

V. Interne Sitzung: Zuwahlen, Reform der Beiratsarbeit und Termine 2008/2009

Ab 2008 werden die Beiratstagungen jeweils Donnerstag und Freitag stattfinden:

Donnerstag von 14.00 bis 18.30 Uhr sowie Freitag von 8.30 bis 12.00 Uhr und von 13.30 bis 17.30 Uhr, bei Tagungen im Ministerium von 9.00 bis 12.30 Uhr und von 13.30 bis 17.30 Uhr.

Folgende Termine wurden festgelegt:

17./18. Januar <u>2008</u>	Berlin
06./07. März 2008	Berlin (Ministerium)
08./09. Mai 2008	München
10./11. Juli 2008	Mainz
25./26. September 2008	Berlin (Ministerium)
27./28. November 2008	Berlin
15./16. Januar <u>2009</u>	Berlin
26./27. März 2009	Berlin (Ministerium)
28./29. Mai 2009	Mühlheim an der Mosel
02./03. Juli 2009	Münster
24./25. September 2009	Marburg
26./27. November 2009	Berlin (Ministerium)

VI. Tagesordnung der nächsten Sitzung

- I. Mitteilungen des Vorsitzenden
- II. Feststellung der Tagesordnung
- III. Bemerkungen zum Protokoll der letzten Sitzung
- IV. Gutachten „Existenzsicherung und Erwerbsanreiz“
- V. Gutachten „Altersvorsorgeförderung und Wegzug ins Ausland“
- VI. Interne Sitzung: Zuwahlen
- VII. Tagesordnung der nächsten Sitzung
- VIII. Verschiedenes.

VII. Verschiedenes

Entfällt.

Berlin/Köln, den 12. Oktober 2007

gez. 

gez. 

